Deutsche Einheit wann vollendet?

Auf Spanisch <http://www.buenos-aires.diplo.de/Vertretung/buenosaires/es/01-bienvenidos-a-alemania/0-bienvenidos-a-alemania.html>

FAZ 6.11.2015 - Wann ist die deutsche Einheit vollendet? Gegenfrage: Was bitte dürfen wir uns denn unter der vollendeten Einheit vorstellen? Alle ein Herz und eine Seele? Unsinn. Wir schätzen doch den Pluralismus und den Föderalismus, weil sie vor Verkrustungen und übergestülpter Einheitlichkeit schützen und zudem unter freien Menschen sich wie von selbst einstellen. Gab es denn in der alten Bundesrepublik je die nun ersehnte vollendete Einheit? Und: Nur Beendetes kann vollendet sein. Wenn überhaupt, kann man von einer vollendeten Freundschaft oder Ehe doch nur sprechen, wenn sie in ungetrübter Zuneigung - verstorben sind.

Für ein Staatsvolk oder eine Nation ist der erforderlichen Einheit Genüge getan, wenn der Wille zur gemeinsamen Zukunft stark genug ist, um eine allgemein anerkannte Volksvertretung und Regierung zu wählen, oder umgekehrt, wenn es keine separatistischen Tendenzen gibt. Für diese gibt es eine Eskalationsskala: davon reden, dafür demonstrieren, separatistische Parteien bilden, kämpfen, wohl gar terroristisch. Separatistische Tendenzen gibt es in vielen Ländern Europas, bloß nicht in Deutschland. Das ist erfreulich und verwunderlich. Denn die Völker der Sowjetunion, Jugoslawiens und der Tschechoslowakei haben die neue Freiheit dazu gebraucht, sich nach siebzig gemeinsamen Jahren zu trennen, teils friedlich, teils blutig. Die Deutschen haben sich nach vierzig getrennten Jahren vereinigt - und das hält.

Zwar kommt das Wort „vollendet“ in der neuen Präambel des Grundgesetzes vor, aber dort ohne alle Mystifikation: „Die Deutschen in den Ländern . . . haben in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands vollendet.“ Das soll heißen: Deutschland in den Grenzen des 3. Oktober 1990 ist das ganze Deutschland. Die staatliche und territoriale Einheit ist tatsächlich seitdem vollendet. Da fehlt nichts mehr, das noch beitreten könnte. Deshalb wurde ja mit dem 3. Oktober der Beitrittsartikel 23 des Grundgesetzes gestrichen, wie namentlich die Sowjetunion nachdrücklich gefordert hat - vielleicht im Blick auf Königsberg?

Aber für das Zusammenwachsen von Ost und West gibt es keine definierbare Vollendung. Vierzig verschiedene Jahre werden auch in den kommenden Jahrzehnten spürbar bleiben, vielleicht auch hin und wieder aufbrechen, wie jetzt wieder wegen Pegida: typisch ostdeutsch? Aber schon heute trennen diese Unterschiede nicht mehr. Bei Studenten sind sie bereits aufs folkloristische Niveau gefallen.

Nun zu der anderen Standardfrage: Was ist falsch gelaufen? Normalerweise fragen wir so im Angesicht eines Desasters, wenn etwa Häuslebauer sich mit schweren Baumängeln konfrontiert sehen. Warum aber wird im Blick auf die deutsche Vereinigung so gefragt? In Umfragen sagen 77 Prozent der Ostdeutschen und 62 Prozent der Westdeutschen, sie hätten die Vereinigung auch für sich persönlich als vorteilhaft erlebt. Die allgemeine Lebenszufriedenheit ist im Osten hoch (76 Prozent) und im Westen noch höher (83 Prozent) - so eine Studie, die die Bundesbeauftragte für die Neuen Bundesländer in Auftrag gegeben hat. Bei solchen Zahlen ist es schon verwunderlich, dass die Frage nach den Fehlern auf dem Weg zur deutschen Einheit so beliebt ist. Steht etwa dahinter die Erwartung von jeweils 100 Prozent? Das wäre doch allzu absurd, würde aber ganz gut passen zu dem romantisch-metaphysisch-religiös überhöhten Maßstab einer vollendeten Einheit.

Die Frage „Was ist falsch gelaufen?“ dürfte wohl aus anderen Zusammenhängen ihre Pseudoevidenz beziehen. Wir sind alle auf den Ost-West-Vergleich fixiert. Und da gibt es anerkanntermaßen noch immer deutlich spürbare Unterschiede. Zwei andere Maßstäbe liegen aber viel näher, nämlich der Vergleich mit den Verhältnissen in der DDR, denn dieser Vergleich dokumentiert den in Ostdeutschland zurückgelegten Weg. Und der Vergleich mit den anderen ehemals sozialistischen Ländern, denn die haben ihren Weg 1990 unter vergleichbaren Ausgangsbedingungen begonnen.

Bei diesem Vergleich schneidet Ostdeutschland glänzend ab, was Lebensstandard, Infrastruktur, Arbeitsproduktivität, auch die schwerer messbare Rechtsstaatlichkeit, korrekte Verwaltung und Korruptionsanfälligkeit betrifft. Unter den anderen ehemals sozialistischen Ländern erreichen die besten ein Drittel der ostdeutschen Werte. Das liegt vor allem daran, dass die Transformation von der Diktatur zur Demokratie und von der zentralistischen Planwirtschaft zur sozialen Marktwirtschaft in Ostdeutschland mit der Vereinigung zusammenfiel und durch weiter östlich schier unvorstellbare Transferleistungen aus Westdeutschland massiv abgefedert worden ist.

Man kann das den Westdeutschen gegenüber als ausgleichende Gerechtigkeit interpretieren, weil die Ostdeutschen die Kosten und Nachteile der Teilung in höherem Maße tragen mussten als die Westdeutschen, obwohl beide Teile Deutschlands gleichermaßen den Krieg verloren und die Naziverbrechen zu verantworten hatten. Gegenüber unseren östlichen Nachbarn und sozialistischen Leidensgenossen haben wir Ostdeutschen allerdings keine überzeugende Legitimation für den Transfersegen, der sich bei ihnen auf die EU-Gelder beschränkt. Vom Fall des Eisernen Vorhangs haben die Ostdeutschen am meisten profitiert. Das wollen sie aber lieber nicht wahrhaben. Das hängt wohl mit einer Schattenseite der Demokratie zusammen: Nur wer klagt, gewinnt. Nach meinen Maßstäben ist diese vorteilheischende Jammerei ein Mangel an Selbstachtung und Ehrlichkeit. Aber das lassen wir hier mal lieber beiseite.

Also: Den Stand der deutschen Einheit und den Stand des Aufbaus Ost sollten wir beurteilen unter dem Gesichtspunkt, dass es sich bei der ostdeutschen Gesellschaft um eine posttotalitäre und postsozialistische handelt. Die haben nämlich alle gemeinsame oder doch ähnliche Probleme: Elitenwechsel, hohe Arbeitslosigkeit, Vergangenheitsbewältigung, Wirtschaftsprobleme und nationalistisch-rechtsextreme Tendenzen. Aber keine von ihnen ist besser damit zurechtgekommen, so dass sie uns den Spiegel vorhalten könnten, wie wir es in Ostdeutschland hätten besser machen können. Vieles, was manche Westdeutsche für typisch ostdeutsch halten, ist vielmehr typisch posttotalitär.

Der Stand der deutschen Einheit wird zumeist anhand von Umfrageergebnissen und wirtschaftlichen Statistiken ermittelt. Das soll auch gar nicht grundsätzlich kritisiert werden. Hier seien einige Statistiken zitiert, die bei der Diskussion über den Stand der deutschen Einheit seltener beachtet werden.

Erstens: Wanderungen zwischen Ost und West. Vor und nach dem Mauerbau war das Verhältnis zwischen den beiden Wanderungsrichtungen ziemlich konstant zehn zu eins. 1950 gingen 302 000 von Ost nach West und 39 000 von West nach Ost. 1980 waren es 15 000 gegenüber 1500. In den Osten siedelten überzeugte Kommunisten über. Andere kamen zu Verwandten oder wegen einer Erbschaft. Gar nicht so selten entflohen Westdeutsche ihren Gläubigern oder Gerichten in den Osten.

Mehr zum Thema

* [Gauck: Integration der Flüchtlinge schwieriger als deutsche Einheit](http://www.faz.net/aktuell/politik/bundespraesident-gauck-integration-der-fluechtlinge-schwieriger-als-deutsche-einheit-13836857.html)
* [Michail Gorbatschow in der Paulskirche: „Das Volk ist der Hauptheld“](http://www.faz.net/aktuell/rhein-main/frankfurt/michail-gorbatschow-in-der-paulskirche-das-volk-ist-der-hauptheld-1612486.html)
* [25 Jahre Deutsche Einheit: Bilanz der sozialen Marktwirtschaft](http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/25-jahre-deutsche-einheit-bilanz-der-sozialen-marktwirtschaft-13835777.html)

1989 verändern sich die Verhältnisse schlagartig. 388 396 gehen in den Westen, es kommen aber nur 5135. Die Zahlen nähern sich nach und nach einander an. Seit 2013 sind die Wanderungen in beide Richtungen ausgeglichen, bei Einbeziehung Berlins überwiegt sogar der Zuzug Ost. Westdeutsche gehen in den Osten aus beruflichen Gründen oder auch als Rentner, weil die Lebenshaltungskosten im Osten erheblich niedriger sind. Ostdeutsche gehen in den Westen, um Arbeits- oder Ausbildungsplätze zu finden. Der ausgeglichene Wanderungssaldo befördert trotzdem eine Asymmetrie. Ostdeutsche gehen zumeist aus den Dörfern, Westdeutsche kommen zumeist in die Städte. Urbanisierung ist allerdings ein weltweiter Trend. Und ist das wirklich schlimm? Stadt und Land haben doch beide Vor- und Nachteile. Notabene: Der enorme Bevölkerungsrückgang im Osten, der viele Probleme erzeugt, beruht allerdings zu erheblichen Teilen nicht auf Abwanderung, sondern auf dem massiven Sinken der Geburtenrate seit 1990.

Zweitens: Die Geburtenrate. Etwa seit 1968 wird in Ost und West das Bestandserhaltungsniveau nicht mehr erreicht, das heißt, es gibt mehr Sterbefälle als Geburten. Das ist der berühmte Pillenknick, im Osten verstärkt durch die Freigabe der Abtreibung in den ersten drei Monaten. Dagegen wurden 1972 in der DDR „sozialpolitische Maßnahmen“ ergriffen, wie Geburtenprämie (1000 Mark) und Tilgungsraten vom Ehekredit pro Kind, was man „abkindern“ nannte. Aber in 18 Jahren verbrauchte sich dieser Impuls vollkommen. Gezahlt wurde weiter, die Kinderrate sank dennoch auf das westdeutsche Niveau. Ab 1990 dann der Einbruch mit Tiefststand 1995. Seitdem steigt im Osten die Geburtenrate wieder und liegt seit 2010 ein wenig über der westdeutschen.

Drittens: die Lebenserwartung. Sie wird entweder für Neugeborene berechnet oder, verlässlicher, als Lebenserwartung der jeweils 65-Jährigen. Nach der ersten Berechnungsmethode hat sich die Lebenserwartung im Osten seit 1990 um sieben Jahre, nach der anderen etwa um drei Jahre verlängert. Damit liegt sie in Ost und West etwa gleichauf. Seit 1965 war die Lebenserwartung im Westen stärker als im Osten gestiegen, weil die pharmazeutische und medizintechnische Innovationskraft massiv hinter die westliche zurückfiel, obwohl 1945 Pharmaindustrie und Medizintechnik Zentren in Ostdeutschland hatten. Dass Ostdeutsche nun im Durchschnitt länger leben, hat mehrere Gründe: Spezialkliniken; diagnostische Methoden, Operationen und Medikamente, die es in der DDR nicht gab, aber an erster Stelle wohl der schnellere Krankentransport bei Herzinfarkt und Schlaganfall.

Viertens: 1980 lag die Suizidrate in der DDR bei 33,6 je 100 000 Einwohner (und war Staatsgeheimnis), in der Bundesrepublik bei 20,5. Inzwischen ist die Selbsttötungsrate im Osten um fast zwei Drittel gesunken und liegt etwa gleichauf mit der westdeutschen. Wie erklärt sich das? Eine Detailstudie für Magdeburg hat ergeben, dass sich vor 1990 besonders viele Alte das Leben nahmen. Deren Lebensbedingungen haben sich enorm zum Positiven verändert, vor allem aber ist die psychiatrische und psychotherapeutische Betreuung enorm verbessert worden. Hinter den meisten Suiziden steckt eine Depression, sogenannte Bilanzselbstmorde sind recht selten. Die Zahl der Psychiater hat sich in Magdeburg seit 1990 von 5 auf 70 erhöht.

Die Kritik am Einigungsprozess hat Stereotypen entwickelt, die seit 25 Jahren vorgetragen werden, wenn auch neuerdings seltener. [Gregor Gysi](http://www.faz.net/aktuell/politik/thema/gregor-gysi) hat sie sowohl am 9. November 2014 als auch am 18. März dieses Jahres im Bundestag wiederholt. Eine Grundfrage sei damals gewesen: „Beitritt gemäß Artikel 23 des Grundgesetzes oder Vereinigung gemäß Artikel 146 des Grundgesetzes.“ Irrtümer werden nicht durch Wiederholung richtig. Artikel 146 handelt überhaupt nicht von der Vereinigung, sondern von der Geltungsdauer des Grundgesetzes. Es „verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Selbstbestimmung beschlossen worden ist“. Hätte die DDR noch Jahre fortbestanden, wäre tatsächlich eine neue Verfassung nötig geworden. Deshalb hat der runde Tisch Ende 1989 eine Verfassungskommission eingesetzt, die allerdings bei der letzten Sitzung des runden Tischs nur Fragmente vorlegen konnte. Da aber im Februar die Sowjetunion erkennen ließ, dass sie sich einer Vereinigung nicht widersetzt, wurde nun eine Forderung der Leipziger Montagsdemonstranten vom 6. November 1989 realisierbar: „Deutschland, einig Vaterland“.

Die notwendigen postkommunistischen Transformationen gingen in den Einigungsprozess auf. Da die in Bündnis 90 verbundenen Bürgerbewegungen sich einer schnellen Vereinigung widersetzten (Wahlplakat: „Art. 23: kein Anschluss unter dieser Nummer“), kam es zum Bruch mit den Demonstranten („Kommt die DM, bleiben wir, kommt sie nicht, gehen wir zu ihr“), der sich bei den ersten freien Volkskammerwahlen am 18. März 1990 in einem ernüchternden Wahlergebnis niederschlug: 2,9 Prozent für Bündnis 90.

Die wahre Alternative hieß damals: schnelle oder langsame Vereinigung. Selbst der sowjetische Außenminister Schewardnadse hat Mitte des Jahres 1990 vertraulich zur Eile gemahnt, da unsicher sei, wie lange Gorbatschow und er noch die sowjetische Politik bestimmten. Aber auch die anhaltenden Flüchtlingsströme, der innere Zustand der DDR und ihrer Wirtschaft, die drohende Unregierbarkeit, die schon der letzte SED-Ministerpräsident Modrow befürchtete, und der Zusammenbruch des Wirtschaftsverbunds der sozialistischen Länder (RGW) mahnten zur Eile. Am 21. August 1990 verlor zudem die Regierung de Maizière die Volkskammermehrheit. Der von Lothar de Maizière abrupt veranlasste Beitrittsbeschluss vom 23. August zum 3. Oktober war eine Flucht in die Einheit vor den zunehmenden wirtschaftlichen Problemen der DDR, die den Ministern über den Kopf wuchsen. Ein Hauch von Endzeitstimmung lag in der Luft.

„Mal was Neues“, diese Devise gilt für Tapeten, Urlaubsziele, Mode, aber weder für Gesetze noch für Verfassungen. Da sind Neuerungen nur gerechtfertigt, wenn sie Verbesserungen sind. Das Grundgesetz hatte 1990 in Ost und West einen sehr guten Ruf. Die DDR hatte keine bewährten Verfassungstraditionen einzubringen, da die [SED](http://www.faz.net/aktuell/politik/thema/sed) ihre eigene Verfassung nicht ernst genommen hat und gegen Verfassungsverstöße keine Klagemöglichkeit bestand.

Eine neue gemeinsame Verfassung, meint Gysi, hätte das Selbstbewusstsein der Ostdeutschen gestärkt. Tatsächlich war im Osten ein Minderwertigkeitsgefühl beachtlich verbreitet, das Gefühl, Bürger zweiter Klasse zu sein. Aber das ist nicht wegen unterlassener Verfassungsgebung entstanden oder dadurch, dass nichts aus der DDR ins gemeinsame Deutschland übernommen worden sei. Das Minderwertigkeitsgefühl haben Ostdeutsche aus der DDR mitgebracht. Wenn der Westonkel mit einem Auto kam, vor dem der Stolz auf den Trabant zerrann, wenn Ostdeutsche an der bulgarischen Schwarzmeerküste in den Neckermann-Hotels für ihr Ostgeld nicht bedient wurden oder vor den Intershops mit Westwaren für Westgeld, das der normale DDR-Bürger nicht hatte, da überkam sie das geflügelte Wort: „DDR - der dumme Rest“.

Es ist ja richtig, dass im Osten vielen die Freude an der deutschen Einheit zunächst vergällt worden ist durch den massiven Zusammenbruch der DDR-Wirtschaft, der bis heute weithin der Treuhandanstalt angelastet wird. Gysi sieht das auch so und meint zu wissen, wie man es hätte besser machen können, nämlich durch massive staatliche Lohnsubventionen. Der Vorschlag wurde schon 1991 von Wissenschaftlern der Universität Berkeley gemacht. Damals hat das Deutsche Institut für Wirtschaft (DIW) nachgerechnet und kam auf 135 Milliarden Mark netto im Jahr, was einer Verdopplung des Transfers bedeutet hätte - und lediglich eine Million der gefährdeten Arbeitsplätze hätte gerettet werden können.

Sehr vielen DDR-Betrieben war durch Lohnsubventionen allein gar nicht zu helfen. Aus dem damals geheimen Papier des obersten Planungschefs der DDR, Gerhard Schürer, vom 31. Oktober 1989 geht hervor, dass etwa die Hälfte der Industrieausrüstungen verrottet sei, dass es viel zu viele unproduktive Arbeitsplätze gebe und dass deshalb die Arbeitsproduktivität weit unter der westdeutschen liege. Außerdem waren durch die Maueröffnung zwei Warenwelten unvermittelt aufeinandergestoßen mit der Folge, dass die Ostdeutschen die Ostprodukte mit Verachtung straften und zu dem griffen, was sie vom Westwerbefernsehen kannten. Zugleich brach der Tauschhandel innerhalb des „sozialistischen Lagers“ zusammen, weil der RGW Anfang 1990 beschloss, diesen Handel auf Devisen umzustellen. Die Sowjetunion wollte lieber Devisen als Transferrubel für ihre Rohstoffe. Und weil Russland aufgrund einer völlig verfehlten Privatisierungspolitik zahlungsunfähig wurde, verlor die ostdeutsche Wirtschaft auch noch die Exportaufträge in Höhe von 25 Milliarden Mark, die das vereinigte Deutschland vereinbart hatte und vorrangig ostdeutschen Unternehmen Absatz verschaffen sollte.

Überall war der Ausstieg aus der zentralistischen Planwirtschaft ein äußerst schmerzlicher Prozess. Es gehört eine ordentliche Portion Wunderglauben und Ahnungslosigkeit dazu, wenn man voraussetzt, diese Transformationsschmerzen seien nirgends sonst, aber in Ostdeutschland vermeidbar gewesen.

1990 wurde oft die Analogie des westdeutschen Wirtschaftswunders bemüht und ein ostdeutsches Wirtschaftswunder erwartet. Spätestens im zweiten Halbjahr 1990 war aber den Verantwortlichen klar, dass ein ostdeutsches Wirtschaftwunder nicht zu erwarten war. Warum ist es ausgeblieben? Die Antwort ist einfach: Wäre 1945 Württemberg mit der Schweiz vereinigt worden, hätte es ebenfalls kein Wirtschaftswunder gegeben, sondern Transfer und Abwanderung. 1949 war Westdeutschland vom Weltmarkt isoliert, ohne konvertible Währung. Es fehlte an allem, und die Betriebe brauchten weithin nur wieder zu produzieren, was sie vor dem Krieg produziert hatten. 1990 wurde die DDR-Wirtschaft schlagartig den Weltmarktbedingungen ausgesetzt. Die Märkte waren gesättigt und die westdeutsche Industrie lediglich zu 68 Prozent ausgelastet. Bei einer technologischen Lücke von etwa 15 Jahren waren die meisten Konsumgüter schlicht unverkäuflich.

Zur Stärkung des ostdeutschen Selbstvertrauens hätte doch die Bundesregierung von der DDR das Kindertagesstättennetz, die Polikliniken (Ärztehäuser) und die Berufsausbildung mit Abitur übernehmen sollen, sagt Gysi. Das Merkwürdige an diesen Forderungen: sie sind inzwischen erfüllt. Es gibt nun den bundesweiten Rechtsanspruch auf einen Kindertagesstättenplatz. Ärztehäuser mit verschiedenen Fachärzten unter einem Dach einzurichten ist doch nie verboten worden, das fanden aber viele Ärzte im Osten nicht so attraktiv wie die Einzelpraxis. Und seit dem Jahr 2000 gibt es in einigen Bundesländern Projekte für Berufsausbildung mit Abitur oder Fachabitur.

Wir leben in einer Demokratie, und zwar einer föderalen. [Bundestag](http://www.faz.net/aktuell/politik/thema/bundestag) und Landtage können jederzeit einrichten, was sie gut finden, wenn es in ihrer Kompetenz liegt und grundgesetzkonform ist. Das Land Brandenburg hat einmal die aus der DDR bekannte Geburtenprämie von 1000 Mark eingeführt, irgendwann aber das Geld lieber anders verwendet.

Regelmäßig betont Gysi, es sei allen dafür zu danken, dass es nicht zur Gewalt kam. Allen: Er schließt dabei die SED-Führung mit ihren Sicherheitskräften ausdrücklich ein. Ja, für die Gewaltlosigkeit sollten wir dankbar sein - aber auch der SED-Führung und den Sicherheitskräften? Der Dank käme aus kaltem Herzen: Wir danken euch, dass ihr uns nicht erschossen habt. Zutrauen mussten wir euch das leider, nachdem Egon Krenz das Massaker auf dem Platz des Himmlischen Friedens in Peking gelobt hatte und Funktionäre im Sommer 1989 gegenüber Kirchenvertretern raunten, der Platz des Himmlischen Friedens sei näher, als manche dächten.

Nun versuche ich noch eine kurze Bilanz der deutschen Einheit heute. Die Zebra Group hat 2014 eine große Umfrage zum Thema „Wertewandel Ost“ durchgeführt. Danach sind Lebenskonzepte und Lebensziele in Ost und West nahezu gleich. Nur in der Frage, ob Glaube/Religion für die Lebensführung wichtig sei, gibt es markante Unterschiede. Im Osten bejahen das 13 Prozent, im Westen 26 Prozent. Und bei der Frage, ob die Demokratie die beste Staatsform ist, gibt es einen markanten Unterschied. Das bejahen im Osten 40 Prozent, im Westen 74 Prozent. Wie bei den meisten Umfrageergebnissen ist die Deutung entscheidend. Wenn im Osten nur 40 Prozent die Demokratie für die beste Staatsform halten, darf man daraus nicht folgern, dass 60 Prozent lieber die Diktatur hätten. Denn wenn man nach der Bedeutung der Menschenrechte beziehungsweise Grundrechte fragt, bekommt man im Osten hohe Zustimmungswerte.

Wahrscheinlich wird das Wort Demokratie holistisch verstanden. Früher hat man Kapitalismus und Sozialismus unterschieden und dabei jeweils die politische, soziale und wirtschaftliche Totalität gemeint. Wenn man nämlich weiterfragt, was an der Demokratie nicht gefällt, kommen Antworten wie: die hohe Arbeitslosigkeit, die Politiker denken doch nur an ihre Diäten und andere Kritikpunkte, die sich gar nicht auf die Staatsform direkt beziehen.

Zuletzt ein Blick auf die wirtschaftliche Bilanz. Das ostdeutsche Bruttoinlandsprodukt (BIP) je Erwerbstätigen ist von 40 Prozent des westdeutschen 1991 auf 80 Prozent gestiegen, aber verharrt dort. Ähnliches gilt für die Einkommen, und ähnlich steht es mit der Produktivität. Sie ist von 30 Prozent der westdeutschen auf 80 Prozent gestiegen. Worin sind die verbleibenden Differenzen begründet? Nicht darin, dass die Ostdeutschen langsamer arbeiten, auch nicht an einer fortbestehenden Modernisierungslücke oder einer niedrigeren Innovationsquote. Die Unternehmen im Osten sind spürbar kleiner als im Westen. Es sind aber die Großbetriebe, die durch Industrieroboter die Gesamtproduktivität enorm erhöhen. Und von den Top 500 der deutschen Unternehmen hatten 2003 478 ihren Hauptsitz im Westen und 22 im Osten einschließlich Berlin. Zehn Jahre später haben sich die Zahlen nur um etwa zehn verschoben. Die Ausgaben für Forschung und Entwicklung, die die Wirtschaft selbst ausgibt, fließen zum weit überwiegenden Teil in westliche Unternehmensteile. Schließlich ist die Exportintensität der östlichen Wirtschaft sehr viel geringer als die der westlichen.

Politiker versprechen oder fordern, dass diese Unterschiede verschwinden sollen. Ich bin da sehr skeptisch. Es werden keine Großbetriebe umziehen, warum auch? Und es werden auch keine Konzernzentralen umziehen. Denn Aufbau Ost als Abbau West, das kann nicht funktionieren. Schließlich hat selbst der heilige Martin nur den halben Mantel abgegeben. Wie die Wanderungsstatistik belegt, gibt es dennoch Grund genug, im Osten zu bleiben und in den Osten zu gehen - oder eben nicht. Und das ist gut so.

\* \* \*

Der Verfasser war evangelischer Pfarrer, lehrte Philosophie an den kirchlichen Hochschulen in Naumburg (Saale) und Berlin sowie Theologie und Philosophie an der Berliner Humboldt-Universität, führte die SDP(SPD)-Fraktion in der einzigen frei gewählten DDR-Volkskammer, war Verfassungsrichter des Landes Brandenburg und gehört dem Beirat der Stasi-Unterlagen-Behörde an.